

Bericht über die Stadtratssitzung vom 27.01.09

Oberndorfer Unterschriftensammlung gegen „Haus Kleopatra“ erfolglos

285 Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil Oberndorf haben sich mittels einer Unterschriftenaktion an den Stadtrat gewandt. Ihr Ziel: Das Bordell „Kleopatra“ in der Würzburger Straße soll aus dem Stadtteil verschwinden. Die Belästigungen für die Anwohner, insbesondere für die Kinder, seien zu hoch, so der Kern der Begründung. Die Unterschriftensammlung veranlasste die Oberbürgermeisterin das Thema nochmals auf die Tagesordnung einer Stadtratssitzung zu nehmen. Bereits im Juni 2008 behandelte der Haupt- und Finanzausschuss die Problematik ausführlich- allerdings nicht öffentlich! Damals auf Eingabe von CSU- Stadträtin und Oberndorferin Verena Söhnlein. Im Ergebnis änderte sich nichts. Die Oberndorfer müssen sich mit dem Bordell abfinden, weil die überwiegende Mehrheit der Stadträte keinen Grund sieht an der „problemlosen Situation“ (CSU- Stadtrat Funk) etwas zu ändern. Dieser Meinung schlossen sich SPD, SW- Liste, pro SW, sowie die Freien mit Ausnahme von Stadtrat Bebersdorf an.

Gegenteilig argumentierte nur DIE LINKE, unterstützt durch den Grünen Roland Schwab. Fraktionsvorsitzender Frank Firsching verlangte die Ausweisung von sogenannten Toleranzzonen für Prostitution. Damit ergäbe sich die einzig sattelfeste Möglichkeit Prostitution an anderen Orten Schweinfurts (z.B. Oberndorf) zu verbieten. LINKE Stadtrat Joachim Fiedler wies darauf hin, dass diese Praxis fast ausnahmslos in vergleichbaren Städten angewendet wird. Alles nützte nichts. Gegen DIE LINKE, Roland Schwab und Claus Bebersdorf wurde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt, der keine Änderungsnotwendigkeit erkennt. Am Rande pikant: CSU- Stadträtin Verena Söhnlein, die vor einem halben Jahr den Stein ins Rollen brachte, stimmte auch für die Beibehaltung des Status Quo in Oberndorf (Anmerkung: In der Schweinfurter CSU hat man besser keinen eigenen Standpunkt).

Kaum Vergünstigungen für Bedürftige in Schweinfurt

Auf eine Anfrage der LINKEN Stadtratsfraktion musste die Stadtverwaltung unter Frau OB Grieser Auskunft darüber geben, welche Vergünstigungen es für Bedürftige Menschen in Schweinfurt gibt. Konkret verlangte DIE LINKE Angaben über Preisermäßigungen bei den Strom- und Gastarifen der Stadtwerke, des ÖPNV, bei Eintritt in städtischen Museen, der Bücherei, des Silvana- Bades, in Theater und Kinovorstellungen und in anderen kulturellen Veranstaltungen. Den Personenkreis definierte DIE LINKE über einerseits über die Anspruchsberechtigung beim Einkauf bei der Schweinfurter Tafel und andererseits über den Hartz IV- Regelsatz.

Die Antwort war vielsagend, ernüchternd, vielleicht sogar niederschmetternd. 938 Euro für einen Alleinstehende/n ist die Zugangsberechtigung zur SW- Tafel (60% Äquivalenzeinkommengrenze). Für diese Grenze gibt es nirgendwo eine Ermäßigung. Aber auch für Arbeitslose, Hartz IV- Bezieher, Sozialgeldempfänger oder Rentner mit Bezug von Grundeinkommen müssen in der Regel Normalpreis bezahlen. Laut Auskunft von Referatsleiter Montag gäbe es Vergünstigungen für Hartz IV- Empfänger im Theater, bei den Bussen, in der Musik- und in der Volkshochschule. Also keine Vergünstigungen in den Museen, in der Bücherei, im Silvana- Schwimmbad, bei Strom und Gas und beim Besuch kultureller Veranstaltungen.

Wir haben die Aussage von Herrn Montag überprüft. Im Schweinfurter Busverkehr ermäßigt sich die Monatskarte für Bedürftige von 25,90 Euro um radikale 3,40 Euro auf 22,50 Euro. Bei der VHS gibt es für bestimmte Kurse eine Ermäßigung z.B. für Arbeitslose um 20%. Dumm nur, dass nur maximal 5% aller Kurse von dieser Regelung betroffen sind. Geschönt die Antwort auch beim Theater. Dort gilt: Ermäßigung nur für Rentner. 10 Euro Eintritt auf allen Plätzen- allerdings nur bei Seniorenveranstaltungen!

Einen wirklichen Sozialtarif gibt es nur bei der Musikschule Schweinfurt. Dort werden, auf Antrag, Hartz IV- und Sozialgeldbezieher von den Gebühren vollständig befreit- Respekt.

Insofern in die Berichterstattung im Schweinfurter Tagblatt vom 28.01.09 fragwürdig. Dort heißt es, gemäß den Aussagen des Herrn Montag: „Anders verhält es sich mit den Beziehern von Transfereinkommen, beispielsweise Hartz IV- Empfängern. Bei deutlich niedrigeren Grenzwerten gebe es für sie im Theater, bei den Bussen, in der Musik- und in der Volkshochschule Vergünstigungen.“ Wenn man nicht alles selber nachprüft!

Frank Firsching